



Amtliche Bekanntmachungen  
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg  
40/2018 (15. Juni 2018)

## **Vierte Änderungssatzung zur Durchführung der Evaluationen von Juniorprofessuren**

vom 15. Juni 2018

Der Senat der PH Ludwigsburg hat am 14.06.2018 aufgrund §§ 8 Absatz 5 i.V.m. §§ 51 Abs. 7, 48 Abs. 1 S. 4, 19 Absatz 1 LHG (vom 1. Januar 2005 zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2018) die folgende Änderungssatzung beschlossen:

Gemäß § 51 Absatz 7 LHG sind Juniorprofessoren/innen vor einer Verlängerung ihrer Dienstzeit (Zwischenevaluation) und zum Ende der Dienstzeit (Endevaluation) zu evaluieren, bei sogenannten Tenure Track Verfahren erfolgt die Endevaluation im Rahmen des hierfür vorgesehenen Berufungsverfahrens.<sup>1</sup>

### **Artikel 1**

Die Satzung zur Durchführung der Evaluationen von Juniorprofessuren wird wie folgt geändert:

- § 12 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:
- Bei § 13 werden neue Absätze 1 und 2 hinzugefügt. Die nachfolgende Nummerierung ändert sich entsprechend.
- § 15 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:
- § 17 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:
- § 18 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:

#### **1. § 12 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:**

##### **§ 12 Kommission für das Tenure Track Verfahren**

- (1) Die Kommission wird durch das Rektorat im Benehmen mit dem Dekanat nach Konsultation des Fakultätsrats (Fakultät) gemäß § 48 Abs. 3 LHG sowie der Gleichstellungsbeauftragten bestellt. Die/der Kommissionsvorsitzende lädt zu allen Sitzungen schriftlich ein und veranlasst, dass von jeder Sitzung ein Protokoll angefertigt wird, zu dem die Kommissionsmitglieder vor der folgenden Sitzung Korrekturen oder Ergänzungen vorschlagen können und das der Kommission in der folgenden Sitzung zur Zustimmung vorgelegt wird. Im Falle, dass eine einvernehmliche Genehmigung nicht zustande kommt, haben Kommissionsmitglieder das Recht, eine abweichende Darstellung in das Protokoll aufnehmen zu lassen. Diese abweichende Darstellung ist Teil des betreffenden Protokolls.
- (2) Der Kommission gehören in der Regel an: Ein Mitglied des Rektorats oder des Dekanats als Vorsitzende/r, im Falle des Vorsitzes durch das Dekanat ein Mitglied des Rektorats; die Gleichstellungsbeauftragte, mindestens zwei fachkundige Professorinnen/Professoren, mindestens

ein weitere/r Professorin/Professor aus anderen Fakultäten; ein Angehörige/r des wiss. Dienstes; ein Studierende/r. Der Kommission müssen drei hochschulexterne, sachverständige Personen angehören, davon soll mindestens ein internationales Mitglied einer ausländischen Hochschule oder international anerkannter ausländischer Forschungseinrichtung beteiligt sein (vgl. dazu auch § 15 [2]). Weiterhin müssen der Kommission mindestens zwei, möglichst drei wissenschaftlich tätige Frauen angehören. Es ist auf eine möglichst paritätische Zusammensetzung der Kommission zu achten.

- (3) Es ist sicherzustellen, dass keine Personen beteiligt sind, für die Befangenheit vorliegt. Dazu gibt der Vorsitzende die Befangenheitsregelungen zur Kenntnis (vg. Anlage 1). Liegt Befangenheit vor, wird dies im Protokoll vermerkt. Das befangene Mitglied ist für den weiteren Verlauf des Berufungsverfahrens aus der Kommission auszuschließen und ggf. durch ein neues Mitglied zu ersetzen.

#### **2. Bei § 13 werden neue Absätze 1 und 2 hinzugefügt. Die nachfolgende Nummerierung ändert sich entsprechend.**

##### **§ 13 Endevaluation im Rahmen des Tenure Track Verfahrens**

- (1) Die Kommission führt das Tenure Track-Verfahren durch und erarbeitet unter Einbeziehung der einzelnen Bestandteile einen Bericht und eine Empfehlung an den Fakultätsrat.
- (2) Zunächst verständigt sich die Kommission über die Anforderungen an die Feststellungen der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung für die Berufung auf die in Aussicht gestellte Professur gemäß der im Struktur- und Entwicklungsplan festgelegten Denomination.

#### **3. § 15 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:**

##### **§ 15 externe Gutachten**

- (1) Es müssen mindestens zwei auswärtige Gutachten von fachlich ausgewiesenen Expertinnen/Experten eingeholt werden. Diese können durch den Nachweis eines Rufes in einem aktuell laufenden Berufungsverfahren mit vergleichbarer Denomination an einer vergleichbaren Hochschule ersetzt werden (vgl. § 18).
- (2) Soweit die Kommission selbst kein internationales Mitglied hat, müssen die Gutachten von international ausgewiesenen Gutachter/innen eingeholt werden. Wenn es vom fachlichen Profil der Professur her geboten erscheint, soll mindestens eine/r der Gutachterinnen / der Gutachter aus dem Ausland kommen.
- (3) Die Auswahl der Gutachter/innen obliegt der Kommission. Es sind die Befangenheitsregelungen zu beachten (vgl. Anlage 1) und Personen, die mit den Begutachteten in einem unmittelbaren Arbeitszusammenhang stehen – insbesondere Betreuerinnen/Betreuer der Promotion auszuschließen.

(4) Die Gutachter/innen werden beauftragt, die Forschungs- und Lehrtätigkeit der Juniorprofessorin/des Juniorprofessors im Hinblick auf ihren/seinen Beitrag zur wissenschaftlichen Erkenntnis zu beurteilen.

(5) Die jeweilige Gutachterin/der jeweilige Gutachter soll Veröffentlichungen und mindestens den Selbstbericht zur Kenntnis erhalten und darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, weitere Informationen einzuholen.

(6) Das Gutachten muss Feststellungen darüber enthalten, ob die den gem. § 47 LHG an die Einstellung von Professorinnen/Professoren gestellten Anforderungen vorliegen. Die Gutachten müssen erkennen lassen, welcher Sachverhalt und welche allgemeinen und besonderen Bewertungsmaßstäbe der Entscheidung zugrunde gelegt worden sind, auf welcher wissenschaftlich-fachlichen Annahme die Bewertung beruht, ob und ggf. welche wissenschaftlichen Leistungen die Annahme rechtfertigen, dass die Juniorprofessorin/ der Juniorprofessor zusätzliche wissenschaftliche Leistungen i.S. von § 47 Abs.2 S.1 LHG erbracht hat und welche Gründe die jeweilige Bewertung tragen. Sie müssen eine Empfehlung enthalten, ob die Juniorprofessorin/ der Juniorprofessor im Hinblick auf ihre/seine Forschungsleistungen für eine Tätigkeit als Hochschullehrerin/Hochschullehrer geeignet ist.

(7) Weichen die Gutachten deutlich in ihren Empfehlungen und/oder Begründungen voneinander ab, kann die Kommission weitere Gutachten einholen.

#### 4. § 17 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:

##### § 17 Berufungsvorschlag

(1) Die Kommission erstellt abschließend einen Bericht mit einer Empfehlung zur Feststellung der fachlichen Leistung, Eignung und Befähigung als Hochschullehrer.

(2) Im Bericht zum Berufungsvorschlag ist eine Auseinandersetzung mit den Gutachten erforderlich. Evtl. Sondervoten sind in den Bericht aufzunehmen. Der Bericht muss eine Stellungnahme der Studiendekanin/des Studiendekans bzw. ihrer/seiner Vertretung zu den Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewerberinnen/Bewerber in der Lehre (§ 48 Abs. 4 LHG) enthalten sowie ggf. eine Aussage zur Umzugsbereitschaft. Eine Erklärung der Gleichstellungsbeauftragten oder ihrer Vertretung über ihre Beteiligung am Verfahren sowie ggf. ihre Stellungnahme sind Teil des Berufungsvorschlags. Sollte die Schwerbehindertenvertretung und/oder der Personalrat mit der beabsichtigten Entscheidung nicht einverstanden sein, ist diese vom Rektorat gemeinsam mit der/dem Vorsitzenden der Berufungskommission mit ihnen zu erörtern.

(2) Auf Grundlage aller vorliegender Dokumente (einschließlich Zwischenevaluation), Stellungnahmen und des wissenschaftlichen Vortrages bewertet die Kommission die Leistungen der Juniorprofessorin/ des Juniorprofessors im Gesamten. Soweit die Empfehlung positiv ist, schlägt sie die Berufung (Tenurierung) vor. Vor einer negativen Bewertung ist die Juniorprofessorin/ der Juniorprofessor von der Kommission anzuhören.

(2) Die/der Vorsitzende gibt das Ergebnis der Feststellung der Juniorprofessorin/ dem Juniorprofessor schriftlich bekannt. Die Entscheidung ist gegenüber der Juniorprofessorin/ dem Juniorprofessor zu begründen, soweit festgestellt wird, dass sie/er sich nicht bewährt hat.

(3) Der Berufungsvorschlag der Kommission wird zusammen mit dem Bericht der Kommission und der Feststellung des Dekanats über die Bewährung als Hochschullehrer/in

dem Fakultätsrat und dem Senat zur Zustimmung zugeleitet. Das weitere Verfahren erfolgt nach den Regelungen des Berufungsverfahrens für Professoren/Professorinnen gemäß LHG.

#### 5. § 18 wird gestrichen und erhält eine neue Fassung:

##### § 18 Vorzeitige Berufung auf eine Professur zur Rufabwehr gem. § 48 Abs.1 S.6 LHG

Bei Vorlage eines externen Rufes kann zur Rufabwehr, soweit eine entsprechende Stelle zur Verfügung steht, sofort das vereinfachte Berufungsverfahren nach § 10 - § 16 dieser Satzung eingeleitet werden und nach § 48 Abs.1 S.6 LHG die Juniorprofessorin/ der Juniorprofessor bereits vor Ende der Dienstzeit entfristet und auf eine Lebenszeitprofessur berufen werden.

Über die Einleitung entscheidet das Rektorat auf Antrag der Fakultät oder der Juniorprofessorin / des Juniorprofessors.

##### Artikel 1

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft.

Ludwigsburg, 15. Juni 2018

Prof. Dr. M. Fix  
Rektor